

Jetzt reicht's!

Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen!

Jetzt reicht's!



www.agenda2010-kippen.de

www.gegen-sozialabbau.de



Zwangsarbeit oder Grundsicherung ?

Die "Nebenkosten" seien zu hoch, die Sozialkosten würden den Staatshaushalt ruinieren usw. - so der allgemeine Tenor der mit guten Bezügen und Alterssicherung versehenen Politiker, der von ihnen bezahlten so genannten Experten und der alles nur noch nach plappernden Medien, wie z.B. bei Sabine Christiansen allsonntäglich zu erleiden.

Die Kassen sind leer ?

Wir sagen: "die Kassen sind leer, weil sie systematisch ausgeplündert werden!"

Überdies werden Industriebetriebe kaum noch an der Steuerlast beteiligt, sie erhalten unglaubliche Steuer-Rückerstattungen wie z.B. Vodafon. Ebenso beschenkt diese mehrstufige Einkommensteuer-Senkung nur die Reichen. Steuergelder werden in Deutschland zum größten Teil aus Lohnarbeit erzielt.

Lohnarbeit hingegen wird aber täglich abgebaut - reformiert.

Dadurch steigt die Zahl der Erwerbslosen und der auf Sozialhilfe angewiesenen Menschen. Existenzsichernde Arbeitsplätze hingegen werden immer seltener. Die neoliberale Politik dieser Allparteienkoalitionen will den Staat "von allen Lasten befreien", staatliche Aufgaben in profitbringende Privatisierung der "Amigos" überführen.

Dazu soll erst einmal der noch leidlich funktionierende Sozialstaat zerschlagen werden.

Eben mit den bekannten Parolen, mit Reduzierung der Steuer-Einnahmen und dem Abbau aller bisherigen staatlichen Aufgaben wird eine Atmosphäre geschaffen, die Menschen in Zwangsarbeit = in die 1 Euro Jobs zwingt.

Diese "Zwangs-Trainingsmaßnahmen" werden uns als zusätzliche Tätigkeiten angepriesen. In Wirklichkeit werden damit bestehende Arbeitsplätze vernichtet bzw. herabgewürdigt.

Die Finanzierung dieser 1 Euro - Jobs ist abenteuerlich!

Die Einrichtungen, die diese Jobs "bereitstellen", erhalten aus der Staatskasse 500 Euro je Zwangsarbeiter und je Monat. Zudem hat der Staatshaushalt für das ALG II (331 €/ 345 €) plus Krankenkassenbeitrag ca. 120 € plus Rentenkasse 68 € aufzubringen, dazu eine Mietkostenübernahme, bis zu 300 € plus einen Heizkostenzuschuß von ca. 50 €

Geld für diese Zwangsmaßnahme ist also vorhanden! (West-Summe = 1.383,00 Euro)

Und es wäre besser, dieses Geld für eine repressionsfreie Grundsicherung direkt an die Betroffenen auszuzahlen.

Die Profiteure, Kommunen, Kirchen und Kranken-/Alten-Einrichtungen reiben sich die Hände, sind also PRO und sind somit nicht gegen die "Agenda 2010" zu gewinnen.

BSHG-Förderungen weg, nur Zwang?

Ein Fordern ohne das zugesagte Fördern?

Die Agenda 2010 mit den unsäglichen Hartz IV Gesetzen wirkt nur arbeitsplatzvernichtend, höhlt die Kaufkraft aus, drängt die Menschen in Zwangsarbeit und spielt Alte gegen Junge, Gesunde gegen Kranke, Inländer gegen Immigranten usw. aus, damit die Kapitaleigner weiterhin und ungestört Tantiemen im zweistelligen Bereich, und diese auch noch unversteuert, erzielen können.

Das Grundgesetz verlangt Widerstand!

Leistet zusammen mit uns Widerstand!

Autor und V.i.S.d.P.: Heinz-Dieter Grube, 30161 Hannover.

Die Projektgruppe gegen die Agenda 2010 trifft sich jeden Dienstag um 18.30 Uhr im Industriepfarramt des KDA, 30163 Hannover, Rühmkorffstr. 7

(Stadtbahnlinien 3 u. 7, Lister Platz)

MitstreiterInnen sind willkommen!